

Danziger Zeitung.

No 18103

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Interale kosten für die sieben gepfostenen gewöhnlichen Schriften oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Januar. (W. L.) Das Befinden des kranken Freiherrn v. Frankenfels war heute früh 8 Uhr wie gestern. Die allgemeinste Theilnahme gab sich selbst während der ganzen Nacht durch Nachfragen im Hotel kund.

Hamburg, 22. Januar. (W. L.) Die auf Veranlassung hiesiger Rhedereien von Antwerpen requirirten und heute hier eingetroffenen Feuerleute weigerten sich, zu 75 Mk. sich anmuthern zu lassen, als sie von den hiesigen Lohnverhältnissen Kenntniß erhielten, und verlangen von den Rhedern freie Rückreise und Entschädigung. Auch die Negerheizer auf der „Ella Woermann“ streiken und wollen sich nur zu 85 Mk. anmuthern lassen. Gestern Abend fand eine allgemeine Versammlung der Strikenden statt.

Preßburg, 22. Januar. (Privatelegramm.) Der Journalist Palkovits hat gestern seine Geliebte, die Schauspielerin Louise Streicher, und dann sich erschossen. Palkovits ist tot, die Schauspielerin schwer verwundet.

Triest, 22. Januar. (Privatelegramm.) Die Seebehörde erhielt aus Tanger die Meldung, seit Wochen wühle in ganz Fez die Influenza.

Belgrad, 22. Jan. (Privatelegramm.) Größtes Aufsehen erregt die Pensionierung des Oberst Pavlovics und des Oberstleutnant Danits, weil dieselben ohne Wissen des Kriegsministers eine Offiziersversammlung mit politischen Tendenzen abhielten.

Politische Übersicht.

Danzig, 22. Januar.

Die Staatsberatung im Landtag. Das leidige Zusammentreffen zwischen Reichstag und Landtag findet wieder einmal mit allen seinen Plagen und Unbequemlichkeiten statt. Die Unzuträglichkeiten sind dann doppelt empfindlich, wenn, wie gestern, in beiden Volksvertretungen wichtige Verhandlungen auf der Tagesordnung stehen, und heute wird es noch schlimmer sein, wo im Reichstage das Socialistengesetz in 2. Lesung begonnen, im Abgeordnetenhaus mit der ersten Staatsberatung fortgeföhrt werden soll. Am gestern in der Kammer am Dönhoffplatz der Abg. Ritter zum Worte kam, war es kaum noch eine Stunde Zeit bis zum Beginn der Sitzung am oberen Ende der Leipziger Straße. Aber trotzdem gelang es ihm, eine eingehende Kritik an den wesentlichen Punkten der gesammten Finanzwirtschaft zu üben und eine Anzahl von Beschwerden und Missständen hervorzuheben, z. B. auf dem Gebiete der Steuer- und Cultuspolitik, die in vielen Kreisen sehr empfunden werden, so in denen der kleinen Besitzer, der unteren Beamten und der Volksschullehrer, deren Interessen der Redner gegen mancherlei ihnen auferlegte Unbill auf das wärmste vertheidigte. Gehr zutreffend war der Hinweis, daß die Regierung sich zur Erhöhung der Gehälter der mittleren und unteren Beamten erst entschlossen habe unter dem Druck der Borgänge im Reichstage; ebenso am Platze war die Betonung der Thatsache, daß für die Volksschullehrer garnichts gesäßt, so daß der Lehrermangel zunehmen werde, daß man dagegen die Lehrer bevormunde und ohne gelegliche Grundlage nur härter maßregeln, wofür die Verführung der Rösliner Regierung bezüglich des Heiratsconsenses der Lehrer ein sprechender Beweis ist, eine Verfügung, die der Abg. Ritter einen reactionären Vorstoß gegen die Freiheit der Presseleitung überhaupt nannte. Eine Absicht, die Getreidezölle ohne gleichzeitige Besteitung der industriellen Zölle aufzuheben, befiehlt, führte Redner des weiteren aus, auf keiner Seite. Er kritisierte dann eingehend das Verhalten der Regierung in Sachen der Steuerreform, welche jetzt „vorbereitet“ werde, nachdem im vorherigen Jahre die Vorlage in bestimmtester Weise angekündigt war. Niemand halte es für nötig, Aufklärungen über diesen Wechsel der Absichten zu geben. Es sei wunderbar, daß die Majorität sich eine solche Behandlung gefallen lasse. An ein politisches Unwohlsein des Finanzministers glaubte er nicht, politisch werde ohnehin nur in Friedrichshafen gemacht; ein Minister-„Collegium“ scheine nicht mehr zu bestehen. Redner konnte, ohne Widerspruch von irgend einer Seite zu finden, den gegenwärtigen Zustand als einen unerträglichen bezeichnen, der über kurz oder lang durch die Macht der Verhältnisse abgesetzt werden würde.

Der Redner der Freiconservativen Herr v. Jedlick war natürlich mit dem Stot durchaus einverstanden. Abg. v. Jedlick freute sich seinerseits wieder darüber, daß Herr v. Huene sich über die Absichten der Thronrede freust habe. In dem Bestreben des Finanzministers, die Ueberschüsse aus den neuen Reichsteuern und den Eisenbahnen bis auf einen kleinen Rest verschwinden zu machen, sah Redner das Festhalten an der altpreußischen Sparsamkeit. Nebenbei befürwortete hr. v. Jedlick eine weitere Erhöhung der Börsensteuer und warnte vor der Heraushebung der Eisenbahntarife. — Neue Steuern und immer neue Steuern, das ist das einzige Recept dieser Herren von der Partei Bismarck sans phrase.

Die Rede des Centrumsabgeordneten v. Huene wurde einer Bemerkung der „Lib. Corr.“ folge im Reichstage als Ministerkandidatenrede angesehen. Was sagt zu dieser Ansichtung die „Post“, die Hrn. v. Huene noch vor kurzem als „Büttelant in diesen Dingen“ bezeichnete? Natürlich ist auf

die dieser Annahme zu Grunde liegende Voraussetzung einer Geschützung der Stellung des gegenwärtigen Finanzministers jetzt — vorläufig wenigstens — um so weniger Gewicht zu legen, als die zahlreichen Gerüchte dieser Art in früherer Zeit sich noch stets als unzutreffend erwiesen haben.

Zum Stande des Socialistengesetzes schreibt unser Berliner Correspondent von gestern:

Aus dem Umstande, daß der Schluss der 3. Lesung des Gesetzes im Reichstage bis nach der 2. Lesung des Socialistengesetzes zurückgestellt ist, wird vielfach der Schluss gejogen, daß eine Verständigung bezüglich des Ausweisungsparagrafen auch jetzt noch nicht in Aussicht ist, so daß es zur 3. Lesung dieses Gesetzes überhaupt nicht mehr kommen werde. Inzwischen dauern die Verhandlungen fort, eine Verständigung über diese Frage zunächst zwischen den Nationalliberalen und der Regierung herbeizuführen. Bekanntlich ist ein Theil der Nationalliberalen nicht abgeneigt, die Ausweisungsbefugniß wenigstens vorläufig bestehen zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß die Regierung an einer dauernden Regelung auch dieser Frage festhält, ist eine Annahme des Gesetzes in Übereinstimmung mit der Vorlage nur dann zu erwarten, wenn die Nationalliberalen geschlossen für dasselbe stimmen, da das Centrum ein dauerndes Gesetz überhaupt nicht bewilligen will. Unter diesen Umständen gewinnt es den Anschein, als ob der Reichskanzler, dessen Erscheinen für die Donnerstagssitzung in Aussicht genommen ist, viel weniger von dem Wunsche bestimmt wird, durch sein Eingreifen in die Debatte die national-liberale Partei zur Annahme der Vorlage zu bestimmen, als von der Abschiß, eine grohe Wahlrede zu halten.

Polizeikostengesetz.

Die erneute Vorlage des Polizeikostengesetzes ist, wie wir der „Dtsch. Ztg.“ entnehmen, nach Mittheilung des Ministers Herrfurth an einen rheinischen Abgeordneten vorläufig nicht zu erwarten. Die früheren Vorlagen sollen im wesentlichen so umgeändert werden, daß entsprechend den Wünschen der Stadtverwaltungen und der Volksvertretung die königliche Polizeiverwaltung sich vorbehaltlich einzelner Ausnahmen hauptsächlich auf die Sicherheitspolizei und das Nachwachen bestricken, dagegen die anderen Zweige der polizeilichen Thätigkeit den Stadtverwaltungen überlassen soll.

Die neue Bergarbeiterbewegung im Ruhrkohlenrevier und der amtliche Strikthericht.

Aus den Grörungen — nicht nur in der Presse — ist erschlich, daß die neuen Forderungen der Arbeiter im Ruhrkohlenrevier ungleich halsbürtiger erörtert werden würden, wenn nicht die Befürchtung nahe läge, daß die Bergleute es auf einen neuen Streik abgeben hätten. Die Denkschrift über die Verhältnisse in den Stein Kohlengruben steht, soweit es sich um die Ergebnisse der vorjährigen Untersuchung handelt, mit einem Theile der neuen Forderungen der Bergleute in einem gewissen Widerspruch. Indessen müssen doch auch die Verfasser der Denkschrift zugeben, daß eine ganze Reihe von Forderungen der Bergleute nicht unbedingt sind. Welche Beschlüsse der Verein der Bergwerksbesitzer, der heute zusammentritt, über das Verhalten gegenüber den Anforderungen der Bergleute fassen wird, läßt sich aus den Grörungen in der Presse mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen. Die Auslösungen der Thronrede über diese Verhältnisse können nur die Wirkung haben, die Bergwerksbesitzer zu einer rückhaltlosen Ablehnung der Forderungen aufzumuntern und eine Verständigung, die doch das größte Unheil verhindern würde, von vornherein von der Hand zu weisen. Um so demokratischer ist es, daß man sich selbst auf der Seite, welche bisher die Interessen der Bergwerksbesitzer mit grossem Eifer vertreten hat, für die Einrichtung von Arbeiterausschüssen auf den einzelnen Zeichen ausspricht. Selbst die „National-Zeitung“ ist der Ansicht, daß gerade die Denkschrift den Mangel an Fühlung zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern hervortreten lasse. Es habe sich wiederholt herausgestellt, daß die Arbeitgeber von Missständen, die sie bei der Constatirung derselben als solche anerkennen, nichts gewußt haben. Immer wieder müsse auf die allgemeine Einführung von Arbeiterausschüssen, nicht behutsam eingreifend derselben in die Betriebsleitung, z. B. behutsam Abstimmung über die Notwendigkeit einer Bevölkerung, aber behutsam fortlaufender Führung und Verständigung zwischen beiden Theilen gedrungen werden.

Doch die Denkschrift, obgleich es an Veranlassung dazu nicht gefehlt hat, das Eingehen auf diese Frage völlig von der Hand weist, ist nicht der kleinste Mangel derselben. Daß bei den Bergwerksbesitzern im Ruhrkohlengebiet eine sehr geringe Neigung besteht, auf diese Vorschläge einzugehen, ist bekannt. Vielleicht ist es jetzt auch schon zu spät dazu.

Was die Wahlbewegung in den dörflichen Amtsbezirken betrifft, so hat es der Bochumer Bergarbeiter-Vereinigung, die sich für Unterhaltung der sozialistischen Kandidatur Lehmann erklärte, nicht an Widerspruch hiergegen gesezt. Der Bergmann Bergfelde suchte darum, daß die Bergleute einen besonderen Candidaten aufstellen mühten und daß dieser unbedingt ein Bergmann sein müsse, der sich keiner Partei anschließe, damit er von allen gänzlich unabhängig bleibe. Der selbst in der Versammlung erschienene Schreiber Lehmann verlangte dagegen, daß der zu

währende sich zum Anschluß an eine politische Partei verpflichte, und das könnte keine andere als die sozialdemokratische sein. Bergfelde warnte Bergfelde mehrfach eindringlich vor dem Anschluß an die Sozialdemokratie; die Redner sprachen sich für die Wahl von Lehmann aus. So wurde denn schließlich mit Mehrheit, allerdings gegen eine starke Minderheit, folgende Erklärung angenommen:

„In Erwägung, daß für eine spezielle Bergmannscandidatur kein Bedürfnis vorliegt, da die arbeitende Klasse durch den sozialdemokratischen Kandidaten voll und ganz vertreten wird, beschließt die heutige Volksversammlung, von einer Bergmannscandidatur Abstand zu nehmen und mit aller Kraft und Energie für den Kandidaten der Arbeiter, Lehmann, einzutreten, um ihm zum Siege zu verhelfen.“

Die Versammlung war aber auch stark von Leuten besucht, die nicht Bergfelde sind. Sie bewies wieder, daß die Bergarbeiter unter sich auseinandergehenden und keine einheitliche Organisation besitzen. Jedenfalls ist es zur Zeit noch ganz unberechtigt, zu sagen, wie conservative Organe es thun, daß nunmehr die Bergarbeiter als solche mit Sach und Pack in das sozialdemokratische Lager abgeschwenkt seien.

In Essen ist der Bergmanns-Delegierte Schröder als Reichstagscandidat aufgestellt worden.

Bergarbeiterbewegung in Sachsen.

Aus Zwischen wird von gestern telegraphisch gemeldet: In der heute hier abgeholten Versammlung der Vertreter der Belegschaften aller Schächte des Zwickauer Kohlenreviers zur Regelung der Lohn- und Arbeiterfrage wurde beschlossen, an der in den allgemeinen Bergarbeiterversammlungen aufgestellten Forderungen der achtzündigen Schichtzeit, acht täglicher Lohnauszahlung, 3,50 Mk. Schichtlohn, Wahl der Rassenaerzte durch die Arbeiter, Aushebung der Rundungsfeststufen u. s. w. festzuhalten, je nach Ermessung auch die Rassenaerzte zur Regelung der Lohnfrage heranzuziehen. Zu der weiteren Ordnung der Angelegenheiten wurde eine 12gliedrige Commission gewählt, bestehend aus je einem Vertreter der 12 Werke.

An der Versammlung nahm der Vorstand des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenerbeiter Theil, dessen Vorsitzender die Leitung übernommen hatte. Derselbe erklärte am Schlusse, daß der Verband bei der nummehrigen Sachlage seine Aufgabe erfüllt erachte und von der weiteren Teilnahme an der Ordnung der Sache zurücktrete.

Eine marokkanische Gesandtschaft

wird in einigen Wochen abermals in Deutschland eintrifffen. Dieselbe verließ am 15. Januar an Bord des Dampfers „Magador“ Lüttich und kam am 17. Januar über Cadiz und Sevilla in Madrid an. In der spanischen Hauptstadt werden die Herren mehrere Tage verweilen und sich dann nach Paris begeben, wo ihr Aufenthalt ebenfalls einige Zeit dauern wird. Ihr eigentliches Reiseziel ist jedoch Deutschland, wo sie Verträge für Lieferung von Waffen, Munition, Geschützen und anderem Kriegsbedarf abschließen werden. Die Gesandtschaft besteht aus dem bisherigen Gouverneur der Provinz Tetuan, Sid Elou Mahomed Azogari, und den Ingenieur Sid Josier Skinge. Der Letztere ist ein Mann mit europäischer Bildung, er hat in Paris und London studirt und hat gute Kenntnisse der spanischen, französischen und englischen Sprache. Durch mehrere unter seiner Leitung ausgeführte Befestigungsbaute in Fez und Mequinez hat er sich das besondere Vertrauen des Sultans Mulen Hasssan erworben.

Im ungarnischen Abgeordnetenhaus erklärte gestern auf eine Anfrage bezüglich der Lieferungen der ungarischen Waffenfabrik der Landesverteidigungsminister Fejervary: die Waffenfabrik habe in Folge gewisser Schwierigkeiten der vertragsmäßigen Verpflichtung bezüglich der Lieferung einer bestimmten Anzahl Gewehre nicht entsprechen können und eine Verlängerung der gesetzlichen Frist verlangt. Er wolle möglichst schonend vorgehen und hoffe, die Waffenfabrik werde ihrer Verpflichtung bald nachkommen können. Da es sich jedoch darum handle, die ungarische Landwehr in kürzester Zeit mit den neuen Gewehren auszurüsten, damit im Falle einer Mobilmachung für die Armeen kein Nachteil erwäche, so müsse er sich, wenn bezüglich der Ausrüstung der Landwehr Schwierigkeiten entstehen sollten, die dazu nötigen Gewehre wenigstens teilweise anderswo sichern.

Das Budget für das Ministerium der Landesverteidigung wurde heraus erledigt und die Beratung des Budgets für das Unterrichtsministerium begonnen. Hierbei gab der Minister Gakh unter allgemeinem Besatz eine Darlegung der verschiedenen Reformen im Unterrichtswesen. Für die katholischen Lehrer-Bildungsanstalten werde ein Normativ mit Vermeidung einer Verleihung der konfessionellen Autonomie demnächst eingeführt werden. Der Minister sprach sich ferner für die einheitliche Mittelschule aus und verweis auf die bereits durchgeführte Reform des Landes-Unterrichtsrates; derselbe beabsichtigt statt der bisherigen Collegieneider eine allgemeine Unterrichts-Lage einzuführen und stellt schließlich einen Gesetzentwurf in Aussicht, wonach die für den Bau von Volksschulen bestimmte Summe um 200 000 Fl. zu erhöhen wäre.

Die Stimmung in Lissabon.

Nach einer uns aus Lissabon zugehenden Meldung hat die Aufregung, welche sich der Bevölkerung verschiedener Städte Portugals nach dem Bekanntwerden des Vorgehens Englands in

der Jambezi-Frage bemächtigte, sich nunmehr gelegt. Die hier und da aufgetauchten Besorgnisse, daß die entstandene Bewegung zu Angriffen auf die bestehende Ordnung der Dinge in Portugal führen könnte, seien vollständig geschwunden. Die politische Lage bleibe allerdings nichtsdestoweniger eine schwierige; namenlich sei es gewiß, daß das neue Cabinet in der Kammer auf bedeutenden Widerstand stoßen wird.

Nun ist, wie telegraphisch gemeldet, die Kammer mittlerweile aufgelöst worden. Es wird also lediglich auf den Ausfall der Neuwahlen ankommen, wie sich die Lage des Ministeriums gestalten wird.

Arbeiten des französischen Parlaments.

Der boulangeristische Deputierte Millerone hatte am Montag eine längere Besprechung mit dem Minister des Äußern Spuller über eine Interpellation betreffend die auswärtige Politik. Schließlich erklärte Millerone, auf die Interpellation für diesen Augenblick verzichten zu wollen. — Der neuen, durch den Deputierten Bleick gebildeten agrarischen Gruppe rein republikanischen Charakters mit schrofflinerischen Bestrebungen sind bereits 110 Deputierte beigeetreten.

In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer brachte der Abg. Reinach mit Rücksicht auf die vorhergegangen Lärmcenzen den Entwurf einer Resolution ein, nach welcher in die Geschäftsordnung des Hauses die Ernennung des Präsidenten zur Ausschließung eines Deputierten für die ganze Dauer der Session aufgenommen werden sollte. Chiche (Boulanger) brachte eine Interpellation über die letzten Ernennungen früherer bei den letzten Wahlen unterlegener Deputierten zu richterlichen Stellen ein. Der Repräsentant bemerkte dabei, es sei dies eine Herausforderung des allgemeinen Stimmenrechts. Der Richterstand müsse eine geheiligte Stätte über den politischen Meinungsverschiedenheiten sein. Der Justizminister Thevenet erklärte, die jüngst ernannten richterlichen Beamten hätten wohl berechtigte Ansprüche. Die Gesetzesbestimmungen, durch welche ihre Vorbereitung vorgenommen werden, seien nicht außer Acht gelassen. (Besfall.) Nach einer Entgegnung Chiches nahm die Kammer eine von Hurard beantragte Tagesordnung, durch welche die Kammer die Erklärung der Regierung billigt, mit 301 gegen 158 Stimmen an. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde nach lebhafter Debatte die Wahl Bischofsheims in Alja mit 218 gegen 149 Stimmen für ungültig erklärt.

Die Bank von Frankreich.

Eine Note des der französischen Regierung nahestehenden „Temps“ stellt fest, daß zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich noch keine Vereinbarung über die Erneuerung des Privilegiums eingetreten sei; indessen wolle der Finanzminister die Erneuerung benützen, um bald diejenigen Concessionen von der Bank zu erlangen, welche mit der Wahrung der großen mit der Bank verbündeten Interessen erreichbar seien. Die in Vorbereitung gewesene, aber durch die Neuwahlen unwirksam gemachte Convention mit der Bank habe die Verlängerung des Privilegiums und das Antheilsrecht des Staates an dem Ertragnis der Bank enthalten.

Die Bewegung in Harar.

Der französische Unterstaatssekretär für die Colonien, Eilenne, welcher von einem Mitarbeiter der „Staatszeitung“ interviewt wurde, hat dabei den Angriff auf die französische Karawane bei Obock bestätigt, jedoch mit dem Bemerk, daß der selbe rasch niedergeschlagen worden sei. Die Bewegung in Harar (am Golf von Aden) geht der Verstärkung entgegen. Eilenne fügte hinzu, es sei nicht England, sondern Italien, das Absichten auf Harar habe. Italien habe Frankreich in dieser Beziehung ausgesetzt, allein letzteres habe offiziös erklärt, es würde die Besetzung von Harar nicht accepieren können.

Deutlicher äußern sich die französischen Zeitungen. Obock, erklären sie, nebst Hinterland sei eine wertlose Wüste in den Händen Frankreichs, wenn es nicht auch die fruchtbare Oase Harar mit der gleichnamigen, 20 000 Einwohner zählenden Stadt Harar in seinem Besitz bekomme. Gleichzeitig melden sie, daß von Aden aus eine Expedition von 1000 englischen Soldaten in Zella gelandet worden sei, mit der Bestimmung Harar zu besetzen. Frankreich dürfe dies nicht ruhig geschehen lassen. Die englischen Blätter berichten jedoch nichts von einer solchen Expedition.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 21. Januar.

Erste Lesung des Gesetzes 1890/91.
Abg. v. Huene (Centr.): Wir haben jetzt eine günstige Finanzlage und sind glücklich aus der Deficitwirtschaft herausgekommen. Um so vorsichtiger müssen wir bei Bewilligungen sein, um nicht wieder hereinzukommen. Im Reiche wird man an die Schuldenlastung gehen müssen, dadurch werden aber die Matricularbeiträge wachsen; auch das Invalidengesetz für die Arbeiter erfordert weitere Ausgaben von den Einzelstaaten. Den Hinweis der Thronrede auf die landwirtschaftlichen Zölle habe ich mit Befriedigung gelesen. Eine Aufhebung der Zölle würde in meinen Augen ein Verbrechen sein, sie würde der Todesstoß für die kleinen Landwirthe im Osten sein. In Folge der vor- und der diesjährigen schlechten Ernten müssen diese verkaufen, um die Steuern beenden zu können. Aufhebung der landwirtschaftlichen Zölle kann daher nur verlangen, wer sich in grösster Unkenntlichkeit über die Sachlage befindet. Was nun die sogenannte lex Huene anlangt, so habe ich selbst seiner Zeit keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich diese Art der Gesetzgebung für eine mangelhafte habe und mich freuen werde, wenn sie durch eine organische ersetzt wird. Diese Ansicht hat meinen vorjährigen Antrag veranlaßt.

(Aushebung der Überweisungen aus den Zöllen und Ertrag durch Überweisung der halben Gründungs- und Gebäudesteuer an die Kreise). Und ich freue mich daher, daß die Regierung jetzt eine Steuerreform unter Einbeziehung der Gründungs- und Gebäudesteuer plant. Jedenfalls ist die Finanzlage des Staates jetzt so, daß eine Steuerreform ebenso möglich wie geboten ist. Die wünschenswerthe Erhöhung der Beamtengehälter findet sich an einigen Stellen des Staats, so für Eisenbahnamte, bereit vor. Jedenfalls kann der Minister der Zustimmung des Hauses zu der allgemeinen Verbesserung der Beamtengehälter mittelst des Titels der außerordentlichen Schuldenlösung durchaus gewiss sein. Aber die Vorschläge im einzelnen gehörten nicht dem Hause, sondern der Regierung.

Abg. v. Seibitz (frecon): Hauptursache der günstigen Finanzlage ist die Entwicklung des Wirtschafts- und Verkehrslebens. Diese Entwicklung ist eine aussichtige. Aber wird sie auch anhalten? Nicht Theil genommen an dieser Entwicklung hat die Landwirtschaft, besonders im Osten, und auch ich würde es für ein Verbrechen halten, ihr den Schuh durch die Zölle zu nehmen. Auch darf man den Osten nicht den Schuh gegen Überflutung mit Getreide aus anderen Landesweiten nehmen. Nach der Schilderung glaube ich nicht, daß man auf die Factoren für die günstige Finanzlage auf die Dauer rechnen darf. Ferner meine ich auch nicht, daß man für die Dauer auf eine solche Junahme der Erträge der Brannweinsteuer rechnen darf, wie sie gegenwärtig im Gange zu sein scheint. Godam aber muß das Reich auch mehr darüber denken, seine steigenden Ausgaben nicht aus Anleihen, sondern aus seinen Einnahmen zu beenden, und deshalb muß Preußen sich auf größere Anforderungen und nicht auf Entlastungen vom Reich rüsten. (Links: Hört! Hört!) Jedenfalls also ist Vorsicht bei der Finanzgebährung in Preußen geboten. Bei Vermehrung der Ausgaben muß man vorsichtig und auf Vermehrung der Einnahmen bedacht sein. Namentlich muß man sich im Interesse des Steuerzahlers hütet vor Tarifherabsetzungen. Zu empfehlen ist höchstens eine Herabsetzung der Tarife für landwirtschaftliche Produkte. Neben den Eisenbahn-Einnahmen, die man also nicht durch Tarif herabsetzen soll, sind die zweite Haupt-Einnahmequelle die Steuern. Ich meine, zunächst sollte man lediglich die Einkommensteuer reformieren, dabei im Prinzip einer umfassenderen Reorganisation in Verbindung mit der zu überweisenden Gründungs- und Gebäudesteuer festhalten, die Einzelheiten dieser ausgedehnten Reform aber einem späteren Gesetz vorbehalten. Wenn ich zur Vorsicht in der Vermehrung der Ausgaben gerathen habe, so meine ich damit natürlich nur Luxusausgaben. Und zu denen rede ich die Erhöhung der Unterbeamten-Gehälter selbstverständlich nicht. Diesen werde ich bestimmt.

Abg. Richter: Es ist möglich, in dem jetzigen Augenblick in einer gründlichen Beratung des Staats einzutreten, weil gleichzeitig im Reichstag wichtige Verhandlungen schwelen und die Wahlvorbereitungen viel zu thun geben. Ich möchte den Präsidienten mit Rücksicht auf die Reichstagsverhandlungen bitten, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses so anzubauen, daß sie mit den Verhandlungen des Reichstages möglichst wenig zusammenfallen. (Zustimmung.) Die bestächtigte Verweisung des Eisenbahnnetzes an eine besondere Commission wollen wir nicht. Dort könnten sich zu sehr Interessenwölfe, die vom Westen bereits laut geworden sind, geltend machen. Ich theile die Befriedigung über die Finanzlage. Ich frage nur, warum der Herr Finanzminister immer ängstlicher wird, je größer seine Überschüsse werden. Die Tonart bin ich von ihm gar nicht gewöhnt, sie war so melancholisch und tragisch, daß man an den Schiller'schen Vers erinnert wird: „Wer besitzt, der lerne vertilgen, wer im Glück ist, lerne den Schmerz.“ (Heiterkeit.) Sie haben allerdings Veranlassung, die Vorsicht in den Vordergrund zu stellen, denn angesichts der großen Überschüsse ist es schwer, den Leuten klar zu machen, daß es 1897 notwendig war, die kolossale Summe von Steuern neu zu bewilligen, ohne daß ein ausreichendes Bedürfnis geltend gemacht war. Eigentlich war auch der fortwährende Hinweis auf den Reichstag. Und welcher Gegensatz in den Anforderungen für das Reich und für Preußen! Im Reich verlangen die Herren steigende Ausgabenvermehrung, in Preußen absolute Spartheit, keine Tarifermäßigung. Solch ein Finanzpolitiker wie Herr v. Seibitz kann jeder sein: Ausgabevermehrungen, Steuervermehrungen, keine Erleichterungen! (Abg. v. Seibitz: Das ist ja garnicht wahr!) Hat hr. v. Seibitz schon vergeben, was er eben gesagt hat? Das wäre ein ganz bedenkliches Symptom. (Heiterkeit links.) Hat er nicht von einer stärkeren Heranziehung der Börse gesprochen? Hat er sich nicht verwahrt gegen die Herabsetzung der Eisenbahn tarife? Hat er nicht von neuen Bewilligungen für die Ausgaben des Reiches gesprochen? Das ist ja das Unglück, daß im Reich so viele Mittel benötigt sind, wo das Bedürfnis noch gar nicht vorhanden war, und jetzt schreien die Herren hier wieder nach Ausgabevermehrungen im Reich, das sie hier garnicht zu vertreten haben. Uebertragen Sie doch die Grundsätze altpreußischer Sparsamkeit, die Sie empfehlen, auch auf das Reich. Die beiden Herren Vorreiter wollen diejenigen zu Verbrechen stempeln, welche die Getreidejölle ansehen. Gehen Sie doch nicht so heftig! (Heiterkeit.) Wir werden nicht aufhören, dem Volk die Wirkungen der neuen Wirtschaftspolitik zu zeigen. Aber einstig will niemand die Getreidejölle aufheben. (Hört! hört! rechts.) Der Getreide-Jölltarif muß im Zusammenhang mit den vielen Schuhjöllen revidiert werden. Der Minister war diesmal so junct und hat nicht eine einzige Spalte gegen die freiständige Partei gerichtet. Aus diesem sanften Auftreten hat man in gewissen Blättern allerlei Consequenzen ziehen wollen. Ich halte das für nutzlos und töricht nicht darüber, wie das Schicksal des Finanzministers sein wird. Wir haben kein besonderes Interesse an dem Abgang dieses oder jenes Ministers — es bleibt ja doch alles beim Alten, die Entscheidung über alles wird doch in Friedrichsruh getroffen, aber wir bedauern, daß dadurch die Verhandlungen so schwierig werden. Wir haben nichts dagegen, daß der verdiente Staatsmann diejenige Ruhe genießt, welche ihm zu Theil wird. Dass aber der gegenwärtige Geschäftsführer eine Calamität für die Reichs- und preußische Politik ist, werden auch die Minister nicht in Abrede stellen. Es ergeben sich daraus Neubungen und Verschleppungen, die vernichtet werden müßten, und es fragt sich, ob das gegenwärtige Verhältnis auf die Dauer halbbar sein wird. Der Minister freut sich über seine Überschüsse, aber wer weiß, ob nicht im nächsten Jahre das ganze Gebäude über den Häusern geworfen wird durch ungünstige Conjunctionen im Eisenbahnnetz. Aus dem Grunde waren wir von Anfang an gegen der Eisenbahnverstaatlichung. Dazu kommt die Verquidung der preußischen Finanzverhältnisse mit dem Reich. Diese ganze Finanzgebährung ist gefährlich. Wir sind keinen Augenblick sicher, daß die allerbedecklichsten Schwankungen in den großen Vertriebsverwaltungen eintreten und den ganzen Staat in Frage stellen. Das hat jetzt auch der Finanzminister anerkannt. Da wir aber nur einmal auf dem Boden dieser Finanzpolitik liegen, sind 80 Millionen Überschuss immer etwas Angenehmes. Der Finanzminister braucht in Wirklichkeit nicht so schwär zu sezen. Eine Reihe von Reformen hat seit Jahren der Erfüllung. Wenn solche Zeiten, wie diese, nicht die Zeit der Erfüllung sein sollen, welche denn sollen es sein? Wie scheinen keine andere Aufgabe zu haben, als fortwährend neue Steuern zu bewilligen, und doch sollte eine Hauptaufgabe einer rationalen Finanzpolitik sein, vermehrte Einnahmen zu schaffen durch Steuerreformen, die nach der einen Seite eine Erhöhung, nach der anderen freilich auch eine Erhöhung bringen. Dass mit der Brannweinsteuer, den hohen Zöllen, der neuen Judensteuer 1887 mehr bewilligt worden ist, als die Ausgaben erforderlich, muss auch dem höchsten Auge klar werden. Das haben wir immer behauptet. Und wenn eine Majorität so handelt, wie es geschehen ist, daß man hunderte von Millionen bewilligt, ohne dem gegenüber bestimmte, concret bezeichnete Ausgaben zu

haben, so muß man zu einer Verschwendung auf dem Gebiete der Ausgaben gelangen. Zuerst müßte man die Ausgaben feststellen und dann erst die Einnahmen. Schon vor Jahren hat Finanzminister v. Scholz erklärt, die neuen Steuern wären nötig zur Erhöhung von Beamtengehältern. Nun sind 200 Millionen bewilligt worden, aber es will mit der Erfüllung der Versprechungen nicht gehen. Der Finanzminister hat serner den Hoffnungsstern leuchten lassen, daß die Brannweinsteuer größere Mehreinnahmen bringen wird. Das zeigt doch, daß die Hoffnungen, die man in moralischer Beziehung sich von dem Brannweinsteuergesetz versprochen hat, daß der Brannweinsteueransatz ein niedriger werden würde, doch nicht in Erfüllung gegangen sind. Aus der Brannweinsteuer sollten die Ausgaben des Reichs für die Alters- und Invaliditätsversicherung gedeckt werden, so daß eigentlich erhöhte Anforderungen nicht stattfinden dürften. Das sagten auch die freikonservativen Redner im Reichstage. Und jetzt verlängern die Freikonservativen in ihrem Wahlaufruf, der von denselben Rednern unterzeichnet ist, zur Durchführung dieses Gesetzes schon wieder andere neue Steuern — hr. v. Seibitz sagt: hohe Börsensteuern. Und das ohne die entsprechenden Erleichterungen, während wir im Reich und in Preußen in Überschüssen schwimmen. Wo soll das hinaus? Die lex suae hat auch nach dem Jugendschutz des Herrn v. Bennigsen aussellos zu einer Verzettelung der Gelde in den Kreisen geführt. Einzelne Kreise mögen ja rationell wirtschaften; aber es ist doch ganz ungerechtigt, Getreidebüße zu erheben, um sie dem Kreis zu geben, und was für eine Wirtschaft wird entstehen, wenn die Kreise stets wechselnde Summen erhalten? Auch die Steigerung der direkten Steuern hat in den letzten Jahren 20 Millionen betragen nach der Klassensteuer, nahe dem Contingentur abgeschafft ist. Über unser Verhältnis zum Reich erklärte der Finanzminister noch im Vorjahr, das Verhältnis müsse ein constantes bleiben; neue Bedürfnisse des Reiches seien durch eigene Einnahmen zu decken. In diesem Jahre aber hat der Finanzminister bereits eine Verschärfung des Verhältnisses konstatiert. Wie will man dies Verhältnis auch constant erhalten, wenn die Ausgaben im Reich vermehrt werden, wenn die Bewilligungen für Marine und Colonialpolitik in dem bisherigen Maßstab wachsen? Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß in einer auf Grund des allgemeinen geheimen direkten Wahlrechts gewählten Körperschaft die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern verschlossen werden, daß aber über die Verwendung eine Körperschaft bestimmt, welche auf Grund eines ganz anderen Wahlgesetzes gestellt ist. (Gehr richtig! links.) Reformen sollten wir vor allen Dingen in der preußischen Gesetzgebung durchführen. Warum kommt denn die Reform der Gewerbesteuer nicht, die nach unten so außerordentlich dringlich ist. Wie steht es mit der Einkommensteuer? In feierlicher Weise wurde in der vorigen Session in der Thronrede die Reformvorlage angekündigt. Der Landtag wurde deshalb länger zusammengehalten, und doch kam die Vorlage nicht drei Wochen wurden wir in die Ferien geschickt. Allerhöchsten Orts war die Vorlage gezeichnet. Die Geher in der Druckerei warteten auf dieselbe schon, um sie schnell fertig zu stellen. Da kamen wir nach drei Wochen wieder — nur um ohne ein Wort der Aufklärung nach Hause geschickt zu werden. Das kostete dem Staat 140000 Mk. Pläten. Und auch fehlt noch kein einziges Wort der Aufklärung! Im Reichstag hatte der Herr Minister v. Böltz die sichere Erwartung gehegt, daß die Steuerreform die erste Vorlage der nächsten Session sein werde. (Hört! hört! links.) Wo ist sie denn geblieben? Diese Mehrheit hätte doch wahrliech eine bessere Behandlung verdient. (Große Heiterkeit.) Ich frage den Herrn Finanzminister, ob die Reform als eine mechanische oder organische gedacht ist. Nach meiner Meinung ist sie nicht möglich, ohne daß man die Landgemeindeverhältnisse reformiert. Ist das die Absicht der Regierung? Hat der Minister von seinen Behörden bereits genügend Material erhalten, um eine vernünftige Ordnung der Kommunalsteuerverhältnisse vorzuschlagen zu können? Wollen Sie denn überhaupt auch eine Verbindung der Reform der Einkommensteuerverhältnisse mit den Landgemeindeverhältnissen? Die drei Punkte: das bestehende Wahlrecht, die Steuerfreiheit der Reichsunmittelbaren und der Mangel einer Quellsteuer, sind Hindernisse für jede Steuerreform. Auch in Bezug auf die Einführungswise bestehen große Übelstände. Eine Correspondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus Schlesien heilt mit, daß dort die Großgrundbesitzer stets nur mit einem Drittel ihres Einkommens besteuert werden. Es waren die auffälligsten Thataten, die mitgeholt auch über einzelne Landkreise. Sind Sie wahr? Ist eine Untersuchung deswegen angezeigt? Die Regierung hat ein heroeragendes Interesse daran, entweder die Unrichtigkeit dieser Nachricht nachzuweisen oder Wandel zu schaffen. Wir werden in der Steuereinführung erst dann Besseres erreichen, wenn wir ganz andere Behörden und Organe dafür einstellen, wenn wir die Einführung losmachen von der politischen Thätigkeit, von den Landrätsämtern, und sie einer unabhängigen, rein finanziellen Behörde übertragen. Denn es handelt sich doch hier um parteilose Berücksichtigung des Staatsinteresses. Ich richte weiter die Anfrage an den Herrn Finanzminister, ob in neuerer Zeit irgend welche Generalinstruktion von ihm erlassen worden ist in Bezug auf die Einführung des kleinen Grundbesitzes. Eine Bekanntmachung des Landrats in Osterode verlangt, daß der kleine Grundbesitz verhältnismäßig höher eingehängt wird. Ich halte eine derartige Vorschrift in dieser Allgemeinheit und in dieser unbestimmten Fassung für absolut unbegreiflich. In vielen Kreisen herrscht eine große Aufregung darüber. Man begreift es nicht, daß in einem Augenblick, wo die Verhältnisse des Grundbesitzes im Osten so traurig sind, eine solche Maßregel soll durchgeführt werden. Ich wundere mich, daß der Herr Finanzminister der Polizei ein so großes Loblied gesungen hat. Keine Stelle war ungeeigneter hierfür als diese. Wie viele Landwirthe bei uns im Osten verkaufen denn in diesem Jahre Roggen und Hafer? Zukauen müssen sie es! Die Situation hat sich noch dadurch verschärft, daß die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel wesentlich im Preise gestiegen sind und es an Kartoffeln fehlt. In Wirklichkeit würden Sie dem Dolce eine Wahlstat erweisen, wenn Sie eine Erleichterung in Bezug auf die Zölle einstreiten ließen. Die neue Wirtschaftspolitik hat nur die Folge gehabt, daß der Landwirtschaft die billigen Arbeitskräfte entzogen werden und die Arbeiter in Schäaren aus dem Osten nach dem Westen in Folge der künstlichen durch die Wirtschaftspolitik in die Höhe getriebenen Industrie strömen. Ein großer Theil der Landwirthe muß in diesem Jahre die Zölle selber bezahlen, weil sie ihr Getreide selber kaufen müssen. Und wie steht es mit den Arbeitskräften? Der Centralverein für Westpreußen bittet den Reichskanzler dringend, die Grenze wieder zeitweise zu öffnen und russische Arbeiter zuzulassen. Die Auswanderungen und die Absperrungspolitik wird auch von den Freunden der Regierung jetzt als verhängnisvoll für unsere Landwirtschaft befürchtet. Auch die Wirkungen des Holzolls sind ausgeblieben. Was ist aus der Parole geworden: Schützt dem deutschen Wald? In Süddeutschland wird der Wald wie damals devastiert, aber auch befürchtet in Preußen geht der Privatwald herunter. Viel zu niedrig sind die Einnahmen aus der Eisenbahn aus dem Güterverkehr veranschlagt. Auch hier müssen, wie im Personenverkehr, Änderungen des Tarifs eintreten. Eine Erhöhung der Tarife wird nicht die Einnahmen herabdrücken, sondern vermehren, wie bei dem Posttarif. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Staat der Schulverwaltung. Derselbe Wirtschaft mit einem großen Dispositionsfonds. Wie lange soll es dauern, bis die Verfügung darüber gesetzlich geregelt und nicht in das Erlassen des Ministers gestellt ist? Wie steht es mit der Regelung des Beginns und Endes der Schulpflicht und mit der Frage der Witwenpension? Die Resolutionen des Landtags sind völlig unberücksichtigt geblieben. Alles das muß zu einem

weiteren Umstiegreisen des fühlbaren Mangels an Lehrern führen. Dazu kommen die Maßregeln der Lehrer im Wege des Disciplinarverfahrens, Abschüttungen wegen Parteinahme gegen die Staatsregierung! Was heißt das letztere? Wer ist seindelig gezen die Regierung? Das Centrum? das ist ja jetzt unter die regierungsfreundlichen Parteien aufgesunken, wir nicht. Aber wir streben darnach! (Heiterkeit.) Aber wohin soll das führen, wenn der Brannweinsteuerplatz greift, daß die Minister die Pächter patriotischer Gesinnung sind und daß die Beamten den Minister Treue geschworen haben? Wir haben Kaiser und Reich Treue geschworen, aber nicht den Minister. Früher waren Delbrück und Camphausen Minister und verhielten ganz andere Grundsätze, die wir heute noch vertheidigen. Wir können unsere Treue nicht wechseln wie das Hemd und den Rock. (Beifall links.) Die Minister sind die jeweiligen Diener des Staates und haben die Bestimmung der Verfassung, daß ein jeder seine politische Meinung offen und ehrlich zum Ausdruck zu bringen hat auszuüben. Eine weitere gesetzwidrige Verfügung der Regierung zu Cölln geht dahin, daß die Lehrer vor ihrer Verherrlichung die Genehmigung der Regierung einholen sollen, und daß diejenigen, welche ohne Genehmigung in den Stand der Chz treten, aus dem Dienst entlassen werden sollen. Das übersteigt alles, was wir bisher an Reaction erlebt haben. Die Regierung hat nicht das Recht, in diese reine Privatrechtsphäre hineinzugreifen. Das ist eine unerhörte Selbstverständlichkeit. (Aufklammerung links.) In Bezug auf die Beamtengehälter kennen wir die Absicht der Regierung noch nicht. Die Initiative der Volksvertretung zu überlassen, wäre hyperconstitutional. Die Gehaltsaufbesserungen sollen ein Ausgleich sein für die Theuerungsverhältnisse. (Redner führt Beispiele an für die Theuerung des Lebens in den Beamtenfamilien.) Wir müssen das Nötige im Reich und hier thun, und ich bedauere, daß die Regierung erst in letzter Stunde an diese Frage gedacht. Mit Genugtuung erfüllt mich die in der Eröffnungsrede ausgesprochene fest Erwartung, daß der Friede Deutschlands erhalten bleibt. Dann können wir also an die Friedensarbeit gehen. Möge sie dahin gerichtet sein, die freiliebigen Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen und die Steuerkraft, die schon angemessen genug ist, zu schonen. (Lebhafte Beifall links.) Die weitere Beratung wird heraus auf Mittwoch verlegt.

Geduldig kommen werde, bis zur nächsten Session wenigstens die Höhe der Kosten, die daraus entstehen würden, ermitteln zu wollen.

Beim Statut der Postverwaltung bemerkt Staatssekretär v. Stephan: Als bei der zweiten Beratung der Abg. Richter den Fall vorbrachte, in welchem ein Spediteur bestraft war, weil er Zeitungen nach Köpenick selbst überbrachte, sprach der Abg. Schmidt Ebersfeld seine Verwunderung darüber aus, daß die Postverwaltung gegenüber der „Aörlischen Zeitung“, die ebenso verfaßt, nicht in gleicher Weise eingeschritten sei. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß das Versfahren der „Aörlischen Zeitung“ vollständig auf dem Boden des Gesetzes steht, da diese Zeitung ihre eigenen Exemplare hat. Wäre das nicht der Fall, so wäre die Postverwaltung ebenso eingeschritten. Ich weise also den von Herrn Schmidt erhobenen Vorwurf zurück.

Abg. Richter: Es hat dem Abg. Schmidt fern gelegen, die Verwaltung zu beschuldigen, als ob sie aus Parteilichkeit gegen die „Aörl. Ztg.“ ein anderes Verfahren übe. Der Fall mit der „Aörl. Ztg.“ sollte nur zeigen, wie ungerecht das Gesetz für kleine Leute ist. In Berlin ist die Expedition getrennt von dem Betrieb der Zeitungen selbst. Nun wird der kleine Mann, der sich hier Zeitungen in verschiedenen Expeditionen kauft, dann selbst jeden Morgen in die Nachbarorte hineinfährt und sie dort an seine Abonnenten austrägt, wegen Postbestraftung bestraft. Der Unternehmer am Rhein aber, der nicht selbst hinausfährt, sondern dem seine Mittel es erlauben, einen expressen Boten zu halten, der die Zeitungen hinausträgt, geht straffrei aus; er ist in der Lage, das Privileg der Post zu umgehen; daran, daß jemand sein eigener Bote sein kann, hat der Gelehrte seiner Zeit nicht gedacht. Es sind also gerade die kleinen Leute ins Unrecht gesetzt gegenüber den größeren Unternehmern.

Zur Position „Frankfurter Postgebäude“ liegen gleichlautende Anträge Baumbach-Richter (frei), und v. Hahnsfeld-Nennigsen-Karendorff vor. Zur Vergrößerung der Postgrundfläche dritte Rate 231 500 Mk., sowie zur Einbringung des Bauplatzes und von Hintergebäuden 150 000 Mk. vorbehaltlich der Feststellung des endgültigen Bauplatzes und der Festsetzung der Gesamtsumme zu bewilligen.

Staatssekretär v. Stephan: Ich begrüße die Anträge, deren Annahme ich nur empfehlen kann, nicht bloß im dienstlichen Interesse, sondern auch im allgemeinen Verkehrsinteresse. Der Kaiser hat gern auf das Abstiegequartier verzichtet, um der Mainmetropole diese Verkehrsleiterlichkeit zu wenden.

Der Antrag Baumbach-Richter wird angenommen, der Antrag des Fürsten hakef ist damit erledigt.

Zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Marienburg sind 70 000 Mk. als erste Rate gefordert und in zweiter Leitung bewilligt worden.

Die Abg. Graf zu Dohna-Falkenstein und v. Puttkamer-Plauth beantragen, die Position abzulehnen und folgende Resolution anzunehmen: „In Erwägung, daß der gegenwärtig in Aussicht genommene Bauplatz für das Postdienstgebäude in Marienburg die Interessen des Schlossbaues der Marienburg erheblich schädigt, die verbliebenen Regierungen zu erläutern, einen anderweitigen Bauplatz für das Postgebäude in Aussicht zu nehmen.“

Abg. Graf Dohna (cons.) begründet den Antrag damit, daß durch den Bau auf dem vorgeschlagenen Platz die Aussicht der Marienburg geschädigt werde.

Staatssekretär v. Voetticher: Daß die verbliebenen Regierungen schon von jeher bestrebt waren, diejenigen Stellen des Reichsdienstes aufzubessern, wo die Bevölzung nicht entsprechend war, steht außer Zweifel; wenn gleichwohl Verbesserungen nichts beantragt waren bisher, so kann doch den Regierungen nicht erübrigt sein, als wenn sie in ihrem Befreiungen durch das Votum des Reichstages unterstützt werden. Wenn auch heute noch kein Beschluss des Bundesrates gefasst ist, so steht es doch ganz außer Zweifel, daß die verbliebenen Regierungen der von der Commission vorgeschlagenen Resolution zustimmen; eine Mehrheit für die Vorlegung eines bestätiglichen Nachtragsetats ist im Bundesrat bereits gesichert. Darum kann ich den Antrag Baumbach nicht empfehlen, weil die definitive Bestimmung über das Maß der Befolbungserhöhungen heute noch gar nicht vorbereitet ist. Wir werden wohl tun, uns in gleicher Linie zu halten, wie es im Königreich Preußen geschehen wird. Den Beamten gefiehlt durch keinerlei Schaden; selbst wenn der Reichstag nicht gleich nach der Neuwahl zusammentrete, sondern erst im Herbst, würde auch dann noch ein solcher Nachtragsetat für 1890/91 vereinbart werden können. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Gewiß hat unser Antrag technische Mängel, weil wir derartige Gehaltserhöhungen nicht so vorbereiten können wie die Regierung. Wir bedauern, daß die verbliebenen Regierungen sich nicht von Anfang an mit der preußischen Regierung in Verbindung gesetzt haben. Wie in Preußen beim Eisenbahnetz, wäre es im Reich beim Posttarif möglich gewesen, Gehaltsaufbesserungen zu veranlassen. Tats ist gegeben, daß das Reich nicht pari passu mit Preußen, sondern im Schleppfahrt der Regierung in Preußen. Ein Nachtragsetat 1890/91 wird den Beamten nur dann nützlich sein, wenn der neue Reichstag bereits im März zusammenberufen wird. Die Erklärung des Ministers läßt aber eine Berufung im März zweifelhaft erscheinen. Iwar sagt er, auch im Herbst könnten im Wege eines Nachtragsetats den einzelnen Beamten die Anteile nachgezahlt werden. Es macht aber für die Beamtenfamilien einen Unterschied, wann solche Zulagen gezahlt werden. Die Ausgaben beginnen zumeist am Anfang des Staatjahres, und Zulagen, die erst im Herbst zahlbar werden, wenn sie monatlich erfolgen.

Abg. Richter: Gewiß hat unser Antrag technische Mängel, weil wir derartige Gehaltserhöhungen nicht so vorbereiten können wie die Regierung. Wir bedauern, daß die verbliebenen Regierungen sich nicht von Anfang an mit der preußischen Regierung in Verbindung gesetzt haben. Wie in Preußen beim Eisenbahnetz, wäre es im Reich beim Posttarif möglich gewesen, Gehaltsaufbesserungen zu veranlassen. Tats ist gegeben, daß das Reich nicht pari passu mit Preußen, sondern im Schleppfahrt der Regierung in Preußen. Ein Nachtragsetat 1890/91 wird den Beamten nur dann nützlich sein, wenn der neue Reichstag bereits im März zusammenberufen wird. Die Erklärung des Ministers läßt aber eine Berufung im März zweifelhaft erscheinen. Iwar sagt er, auch im Herbst könnten im Wege eines Nachtragsetats den einzelnen Beamten die Anteile nachgezahlt werden. Es macht aber für die Beamtenfamilien einen Unterschied, wann solche Zulagen gezahlt werden. Die Ausgaben beginnen zumeist am Anfang des Staatjahres, und Zulagen, die erst im Herbst zahlbar werden, wenn sie monatlich erfolgen.

Abg. v. Maltzahn: Es ist allerdings richtig, daß Seiten Preußens die Frage einer allgemeinen dauernden Aufbesserung der Beamtengehälter für 1890/91 stellten. Ich frage, ob die Verhältnisse des Grundbesitzes im Osten so traurig sind, daß die Regierung darüber eine Maßregelung erläutern kann. Ich frage, ob die preußische Eisenbahnrate 7-1/2 Mill. Mk. für diese Aufbesserung vorschreibt. Ist irrtümlich. In Wirklichkeit handelt es sich nur um 1570 000 Mk. Demgegenüber enthält der Reichshaushaltsetat allein im Gebiete der Reichspostverwaltung für Befolbungsaufbesserungen

ganzen deutschen Zollgebiet a) zur unmittelbaren Ausfuhr 190 497 248 Kilo, b) zur Aufnahme in eine öffentliche bzw. Privatniederlage 206 987 829 Kilo, c) gegen Erstattung der Vergütung in den freien Verkehr zurückgebracht 11 883 512 Kilo.

Dresden, 21. Jan. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Antrag Bebel und Genossen, betreffend die Befreiung der im Staatsbetriebe beschäftigten Arbeiter von der Zahlung der gesetzlichen Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Beiträge, nach längerer Debatte mit allen gegen 7 Stimmen abgelehnt.

München, 21. Januar. Die städtischen Collegen beschlossen, eine 3%-prozentige städtische Kasse im Betrage von 15 Millionen aufzunehmen, wovon zunächst die bairische Hypotheken- und Wechselbank 4 Millionen al pari übernimmt.

Frankreich.

Paris, 21. Januar. Der General-Commandant Chambéry wird als Vertreter der Republik den Leichenseiterlichkeiten in Turin bewohnen. (W.L.)

England.

London, 21. Januar. Die Leiche des Generals Lord Napier of Magdala wurde heute früh von dem Tower nach der St. Paul's-Kathedrale übergeführt, um dort zwischen den Särgen Nelsons und Wellingtons beigesetzt zu werden. In dem feierlichen Zuge befanden sich zahlreiche Truppen aller Waffengattungen, auf dem ganzen Wege vom Tower bis zur Kathedrale hatte eine dicht gedrängte Menschenmenge Später gebildet. Als der Sarg bei der Kathedrale anlangte, wurde er von dem Prinzen von Wales, dessen Sohn, dem Prinzen Georg und dem Herzog von Cambridge, welcher als Vertreter der Königin erschienen war, empfangen. Sämtliche Prinzen hatten große Uniform angelegt. Die übrigen Mitglieder der königlichen Familie, fast alle in England anwesenden englischen Generäle, sowie eine große Anzahl Geöffnete wohnten der Feier in der Kathedrale bei. Der deutsche Botschafter Graf v. Hatzfeldt legte im Namen des Kaisers Wilhelm einen Kranz am Sarge nieder. (W.L.)

Italien.

Rom, 21. Januar. In Folge des Ablebens des Prinzen Amadeus nahm sein ältester Sohn, Prinz Emanuel Philibert, mit Zustimmung des Königs, den Titel eines Herzogs von Astia an. (W.L.)

Belgien.

Charleroi, 21. Jan. In dem Kohlenbecken von Charleroi hat sich die Lage bedeutend verbessert. Die Zahl der Strikenden ist von 12 000 auf 8350 herabgegangen. (W.L.)

Von der Marine.

* Das Übungsgeschwader, bestehend aus den Panzerschiffen "Kaiser", "Deutschland", "Friedrich der Große" und "Preußen" (Geschwaderchef Contre-Admiral Hollmann), ist am 20. d. M. in Smyrna eingetroffen.

Die Kreuzer "Irene" (Commandant Prinz Heinrich von Preußen) ist am 20. d. M. in Jaffa eingetroffen.

Am 23. Januar: Danzig, 22. Jan. M. a. b. Tage, S. A. 8.5. u. 4.20. Danzig, 22. Jan. M. u. 7.53.

Weiterrausichten für Donnerstag, 23. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seemarie, und war für das nordöstliche Deutschland:

Bewölkt, trübe, Niederschläge; vielfach Nebel. Meist schwache Luftbewegung; wenig veränderte Temperatur.

Für Freitag, 24. Januar: Einiges kälter, bewölkt, Niederschläge. Lebhaft auftretende rauhe Winde.

Für Samstag, 25. Januar:

Wenig verändert; lebhafte rauhe, starke bis stürmische Winde; bewölkt, Niederschläge, einige Sonnenblitze.

* [Kaisers Geburtstag.] Nach einem heute in militärischen Kreisen verbreiteten Gerücht soll angeordnet worden sein, daß die einzelnen Truppen- und Militär-Werstätten die sonst am Geburtstage des Kaisers üblichen Festlichkeiten der Landesträger wegen am 18. Februar nachträglich begehen sollen. An amtlicher Stelle sind jedoch, wie uns auf unsere Nachfrage über die Unverlässigkeit des Gerüchts versichert wurde, bis jetzt darüber Beschlüsse noch nicht eingetroffen.

* [Einstieg der Wählerlisten.] Wir erinnern daran, daß die achtjährige Auslegung der Wählerlisten für die Reichstagswahl morgen (Donnerstag) Vormittags im Nebenhause des Rathauses beginnt. Die Einstieg in die Listen kann während der Stunden von 9—1 Uhr Vormittags, 3—6 Uhr Nachmittags bewirkt werden. Reichstagswähler ist bekanntlich jeder im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte besindliche Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, nicht im Concourse oder unter Vormundschaft steht und keine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln bezieht. Aber nur derjenige, welcher in die Wählerliste eingetragen ist, kann sein Wahlrecht ausüben. Die Einstieg in die Wählerliste ist also das erste Erfordernis für die Wahrnehmung des Stimmrechts der Wähler.

* [Von der Weichsel.] Des heutige Warschauer Telegramm meldet, daß dort zwar der Wasserstand auf 3.06 Meter weiter gesunken sei, aber wieder neues Hochwasser erwartet werde. Es scheint also oberhalb der Strom gespiegelt zu sein. Bei Thorn wird der Gang vorläufig als beendigt angesehen. Es herrscht heute bei 1.52 Meter Wasserstand nur noch ganz geringes Eisbrechen. Die telegraphischen Rapporte von dort sind daher heute eingestellt worden. Die Eisfahrt zwischen Marienwerder und Graudenz hat sich noch nicht gelöst, die Situation im unteren Stromauslauf ist also unverändert.

* [Poststädte.] Von jetzt ab können Postpäckchen ohne Weihagabe im Gewicht bis 5 Kilo, nach der Republik Columbien versandt werden. Die Postpäckchen müssen frankiert werden. Die Zage beträgt, wie üblich auf das Gewicht, 3 Mk. für jedes Paket.

* [Personallisten beim Militär.] Der Major Lorenz vom pomm. Infanterie-Regiment Nr. 2 ist als Vorstand der Depotverwaltung zur Artillerie-Prüfungs-Commission commandirt; Second-Lieut. Schwarz von der Reserve des Grenadier-Regiments König Friedrich L. zum Premier-Lieut. Port-Führers Müller vom westpr. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 16 und habe damit vom Grenadier-Regiment Nr. 4 (Friedrich II.) zum Second-Lieutenant ernannt; Wennmohs, Prem.-Lieut. vom Infanterie-Regiment Nr. 128, a la suite des Regiments gestellt; Wohlgemuth, Second-Lieutenant vom Infanterie-Regiment Nr. 128, commandirt bei der Unteroffizier-Vorschule in Neu-Breisach, zum Premier-Lieutenant. v. Schautz, Prem.-Lieut. bei der Unteroffizierschule in Marienwerder, zum Haupt-

mann und Compagniechef befördert; Oberst L. D. Hummel, Bezirks-Commandeur des Landwehrbezirks Dt. Eylau, und Oberstleut. L. D. v. Szepanski, Bezirks-Commandeur des Landwehr-Bezirks Marienburg, der Abschied verliehen und Major L. D. Frhr. v. Forstner, Commandeur des Landw.-Bezirks Löwen, in gleicher Eigenschaft nach Marienburg versetzt; Kemper, Prem.-Lieut. vom Landw.-Bezirk Neustadt, zum Hauptmann; Aufsicht, Second-Lieut. vom selben Bezirk, zum Prem.-Lieut.; Wessel L., Prem.-Lieut. vom Landwehr-Bezirk Danzig, Siegm., Wessel, Prem.-Lieutenant vom Landwehr-Bezirk Marienburg, zum Hauptleut.; Bischoff, Second-Lieutenant vom Landwehr-Bezirk Danzig, zum Premier-Lieutenant; Siegfried, Dicewachtmeyer vom Landwehr-Bezirk Rastenburg, zum Second-Lieutenant der Reserve des Westpreuß. Feld-Art.-Regiments Nr. 16 befördert; Groß, Second-Lieutenant von der Reserve des Inf.-Regiments Nr. 51, als Reserve-Offizier zum Inf.-Regiment Nr. 128 versetzt; Gerlach, Prem.-Lieutenant von der Infanterie 1, Aufgebot des Landwehr-Bezirks Allenstein, in die Kategorie der Reserve-Offiziere juristischer und dem Grenadier-Regt. Nr. 4 (Friedrich II.) zugestellt; Hoppel, Dicewachtmeyer vom Landwehr-Bezirk Konitz, Hirschberg, Dicewachtmeyer vom Landwehr-Bezirk Dt. Eylau, und Mehrlein, Dicewachtmeyer vom Landwehr-Bezirk Grauden, zu Second-Lieutenants der Reserve, Weißmeyer, Dicewachtmeyer vom Landwehr-Bezirk Dt. Eylau, zum Second-Lieutenant der Reserve des Train-Bataillons ernannt.

* [Unglücksfall.] Der Zimmergeselle August L. vom Sandweg stürzte vorgestern Nachmittags beim Bau eines Hauses in der großen Bäckergasse aus der ersten Etage hinab, wobei er einen Schädelbruch erlitt. L. wurde gestern Nachmittag bewußtlos nach dem Lazarett in der Sandweg gebracht.

* [Schluß der Jagd.] Da der Bezirks-Ausschuss diesmal von der ihm zustehenden Befugnis, einen früheren Termin für den Jagdschluss zu bestimmen, keinen Gebrauch gemacht hat, so erreicht die Jagd auf Hasen, Hähnchen, Fasanen, Birk- und Haselwild am 31. Januar ihr Ende.

* [Strafenreinigungs-Maschine.] Die Provinzial-Verwaltung ist jetzt lebhaft bemüht, die Chausseestrecke unmittelbar hinter den Thoren unserer Stadt bei einem getrennten schlechten Weiter schneller als bisher zu reinigen, und hat zu diesem Zwecke von der Firma A. P. Muscate in Dirschau eine neue, sehr sinnreiche konstruierte Schlamms-Abugschneidemaschine bezogen. Dieselbe arbeitete gestern probeweise auf der Strecke vom Hohenhorst bis zur halben Allee, wird durch zwei Pferde gezogen, schlägt mit schrägen hinter einander stehenden einzeln, sich dem Pfosten anschmiegenden Abkratzern den Schlamm in einer langen Reihe zusammen, so daß die weitere Abbringung des Schmutzes schnell und leicht bewerkstellt werden kann.

[Polizeibericht vom 22. Januar.] Verhaftet: 2 Bettler, 1 Betrunken, 2 Dirnen, 9 Obdachlose. — Gestohlen: 3 leinene Frauenhemden gez. L. R., 1 Schürze, 1 Gähre. — Gefunden: 1 Statut, 1 Schlußel; abgeholt von der Polizei-Direction.

+ [Neuteich, 21. Januar.] Zum heutigen, zu früh im Jahre angesetzten Viehmarkte waren etwa 600 Pferde aufgetrieben, meist Mittelware. Die Kauflust fand sich erst, als die Verkäufer ihre Forderungen deutlich erhöhten. Gesucht wurden von Händlern aus Pommern und Posen für Arbeitspferde 100—500 Mark, für Zugspferde bis 800 Mk. Rindvieh war teils in Folge der Alauenssuche, teils der grundlosen Wege nur in geringer Anzahl zum Verkauf gestellt. Fettvieh brachte 20—21 Mk. pro Centner lebendes Gewicht, füllt für Magervieh fand sich in Folge des großen Futtermangels kein Absatz.

R. Pr. Stargard, 22. Januar. Die gestrige Stadt-verordneten-Versammlung ehrt zunächst das Andenken der verstorbenen Kaiserin. Hierauf erfolgte die Einführung von fünf neu erwählten Stadtverordneten und der als unbesoldete Magistratsmitglieder bestätigten Herren Mühlenscheffler, Wichterl und Rämmerer Bider. Als Stadtverordneten-Vorsteher wählte die Versammlung den Kaufmann Herrn D. Winkelhausen, als Magistratsmitglied und Beigeordneten Herrn Fabrikant A. Goldfarb. Die Bürgermeisterwahl, welche mit zur Tagesordnung gehörte, wurde noch um 14 Tage verschoben, damit noch die am 20. cr. zu Stadtverordneten gewählten Herren Gutsbesitzer Würth und Rechtsanwalt Thurau sich an der Wahl beteiligen könnten.

* Der bisherige Kreis-Wundarzt des Kreises Stuhm, Dr. Brinkmann in Christburg, ist zum Kreis-Physikus des Kreises Neutomischel ernannt worden.

R. Schöch, 21. Januar. Ueber die Auffstellung des Reichstags-candidaten im Kreise Schlesien seitens der deutschen Parteien ist bis heute noch nichts bekannt geworden. Wie uns mitgetheilt wird, hat die politische Partei des Kreises Hrn. Rittergutsbesitzer v. Jamorski-Jezewo als Candidaten in Aussicht genommen.

P. Dr. Krone, 21. Januar. Auf unserem Rathausplatz gestern der große Holzkarren aus dem Kloster statt. Die Gebote der sieben Häuser waren sämlich unter den von der Forstverwaltung aufgestellten Tagen und es konnte daher der Aufschlag nicht erhöht werden, ohne die Stadtverordneten befragt zu haben. Es erbot sich daher ein Bieter, Herr Bärwald, die ganze von der Stadtgemeinde geforderte Kaufsumme von 90 776 Mark zu zahlen, welches Gebot angenommen wurde. Herr Bärwald erstand für die Summe von 90 776 Mk. 8350 Festmeter; 1000 Festmeter blieben noch in Folge ungenügenden Angebots unverkauft. Wir haben bei diesem Verkauf den Festmeter nur durchschnittlich 9.45 Mk. erhalten, während bei dem letzten großen Verkauf von Mahlholzstücken durchschnittlich 11 Mk. erzielt wurden. — An den schriftlichen Prüfungsarbeiten in der Baugewerkschule teilnahmen 16 Baufachleute.

* [Kaisers Geburtstag.] Nach einem heute in militärischen Kreisen verbreiteten Gerücht soll angeordnet worden sein, daß die einzelnen Truppen- und Militär-Werstätten die sonst am Geburtstage des Kaisers üblichen Festlichkeiten der Landesträger wegen am 18. Februar nachträglich begehen sollen. An amtlicher Stelle sind jedoch, wie uns auf unsere Nachfrage über die Unverlässigkeit des Gerüchts versichert wurde, bis jetzt darüber Beschlüsse noch nicht eingetroffen.

* [Einstieg der Wählerlisten.] Wir erinnern daran, daß die achtjährige Auslegung der Wählerlisten für die Reichstagswahl morgen (Donnerstag) Vormittags im Nebenhause des Rathauses beginnt.

Die Einstieg in die Listen kann während der Stunden von 9—1 Uhr Vormittags, 3—6 Uhr Nachmittags bewirkt werden. Reichstagswähler ist bekanntlich jeder im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte besindliche Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, nicht im Concourse oder unter Vormundschaft steht und keine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln bezieht. Aber nur derjenige, welcher in die Wählerliste eingetragen ist, kann sein Wahlrecht ausüben. Die Einstieg in die Wählerliste ist also das erste Erfordernis für die Wahrnehmung des Stimmrechts der Wähler.

* [Von der Weichsel.] Des heutige Warschauer Telegramm meldet, daß dort zwar der

Wasserstand auf 3.06 Meter weiter gesunken sei, aber wieder neues Hochwasser erwartet werde.

Es scheint also oberhalb der Strom gespiegelt zu sein. Bei Thorn wird der Gang vorläufig als beendet angesehen. Es herrscht heute bei 1.52

Meter Wasserstand nur noch ganz geringes Eisbrechen.

Die telegraphischen Rapporte von dort sind daher heute eingestellt worden. Die Eisfahrt zwischen Marienwerder und Graudenz hat sich noch nicht gelöst, die Situation im unteren Stromauslauf ist also unverändert.

* [Poststädte.] Von jetzt ab können Postpäckchen ohne Weihagabe im Gewicht bis 5 Kilo, nach der Republik Columbien versandt werden. Die Postpäckchen müssen frankiert werden. Die Zage beträgt, wie üblich auf das Gewicht, 3 Mk. für jedes Paket.

* [Personallisten beim Militär.] Der Major Lorenz vom pomm. Infanterie-Regiment Nr. 2 ist als Vorstand der Depotverwaltung zur Artillerie-Prüfungs-Commission commandirt; Second-Lieut. Schwarz von der Reserve des Grenadier-Regiments König Friedrich L. zum Premier-Lieut. Port-Führers Müller vom westpr. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 16 und habe damit vom Grenadier-Regiment Nr. 4 (Friedrich II.)

zum Second-Lieutenant ernannt; Wennmohs, Prem.-Lieut. vom Infanterie-Regiment Nr. 128, a la suite des Regiments gestellt; Wohlgemuth, Second-Lieutenant vom Infanterie-Regiment Nr. 128, commandirt bei der Unteroffizier-Vorschule in Neu-Breisach, zum Premier-Lieutenant. v. Schautz, Prem.-Lieut. bei der Unteroffizierschule in Marienwerder, zum Haupt-

mann und Compagniechef befördert; Oberst L. D. Hummel, Bezirks-Commandeur des Landwehrbezirks Dt. Eylau, und Oberstleut. L. D. v. Szepanski, Bezirks-Commandeur des Landwehr-Bezirks Marienburg, der Abschied verliehen und Major L. D. Frhr. v. Forstner, Commandeur des Landw.-Bezirks Löwen, in gleicher Eigenschaft nach Marienburg versetzt; Kemper, Prem.-Lieut. vom Landw.-Bezirk Neustadt, zum Hauptmann; Aufsicht, Second-Lieut. vom selben Bezirk, zum Prem.-Lieut.; Wessel L., Prem.-Lieut. vom Landwehr-Bezirk Danzig, Siegm., Wessel, Prem.-Lieutenant vom Landwehr-Bezirk Marienburg, zum Hauptleut.; Bischoff, Second-Lieutenant vom Landwehr-Bezirk Danzig, zum Premier-Lieutenant; Siegfried, Dicewachtmeyer vom Landwehr-Bezirk Rastenburg, zum Second-Lieutenant der Reserve des Westpreuß. Feld-Art.-Regiments Nr. 16 befördert; Groß, Second-Lieutenant von der Reserve des Inf.-Regiments Nr. 51, als Reserve-Offizier zum Inf.-Regiment Nr. 128 versetzt; Gerlach, Prem.-Lieutenant von der Infanterie 1, Aufgebot des Landwehr-Bezirks Allenstein, in die Kategorie der Reserve-Offiziere juristischer und dem Grenadier-Regt. Nr. 4 (Friedrich II.) zugestellt; Hoppel, Dicewachtmeyer vom Landwehr-Bezirk Dt. Eylau, zum Second-Lieutenant der Reserve, Weißmeyer, Dicewachtmeyer vom Landwehr-Bezirk Dt. Eylau, zum Second-Lieutenant der Reserve des Train-Bataillons ernannt.

die Hr. Matkowsky zu spielen hatte. Das Packende, hinreichende seiner Darstellungtheilte sich wohl auch unwillkürlich seinen Muspielern mit. Ir. Immisch spielte die Louise zart, innig, rührend in den Dualen der Briesccene und auch schroorghast und kraftvoll in den erregten Momenten. Desgleichen entsprach das Spiel des Ir. Bruck den Anforderungen des Parterre der Lady Millford. Der Präsident des Hrn. Mathes, der Wurm des Hrn. Weidlich waren scharf und bestimmt gezeichnete Charakterfiguren und der letztere vermied jede Überreibung. Der alte Hofmarschall v. Kalb kam in der Darstellung des Hrn. Bing zur erforderlichen Gelung. Herr Kraft verdient für die verständnisvolle und warme Darstellung des alten Miller alle Anerkennung. Auch Ir. Steinberg als Frau Miller und Hr. Krall als fürstlicher Kammerdiener unterstützten die Vorstellung verdienstvoll.

Das Publikum spendete wieder dem Guesto sehr feine Beifall, aber auch die anderen Träger der Hauptrollen, namentlich Ir. Immisch wurden damit vielfach bedacht.

Schiffs-Nachrichten.

Thisted, 20. Januar. Das Schiff „Karl Albert“ von Newcastle nach Helsingborg mit Kohlen, ist gestrandet und zertrümmt; Mannschaft gerettet.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Januar. (W.L.) Der Reichstags-Abgeordnete Freiherr v. Frankenstein ist heute Vormittag 11 Uhr 5 Minuten gestorben.

(Ir. v. Frankenstein — bekanntlich einer der Führer der Centrumspartei — ist am 2. Juli 1825 in Würzburg geboren; er war als erblicher Reichsrath der Krone Bayern, Mitglied der ersten bairischen Kammer, früher auch Mitglied des Zollparlaments. Dem deutschen Reichstage gehört er seit dem Mai 1872 an.)

Berlin, 22. Jan. (Privatelegramm.) Bei der heutigen fortgesetztenziehung der vierten Klasse der 181. königl. preußischen Alassen-Lotterie wurden Vormittags gezogen:

1 Gewinn von 30 000 Mk. auf Nr. 94 988.

1 Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 5189.

1 Gewinn von 10 000 Mk. auf Nr. 25 580.

2 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 10 353

114 118.

26 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 12 576

13 26 14 152 18 712 19 892 24 231 31 709 38262

44 953 51 932 54 567 55 904 64 245 67 043 67 458

75 497 77 655 89 937

Gatt jeder besonderen Anzeige.
Ein kräftiger Anabe.
Danzig, den 20. Januar 1890.
Römischer Garnison-Sanitätskurator
D. Stegmüller und Frau
Ella geb. Gaenger. (6854)

Dampfer-Verbindung Danzig—London.

Die Dampfer der unterzeichneten Reederei werden, wie seit über 25 Jahren, die Tourfahrt zwischen hier und London und umgekehrt auch in diesem Jahre ohne Unterbrechung aufrecht erhalten. Es stehen dafür die folgenden in vorzüglichem Zustande befindlichen Dampfer zur Disposition:

Oliva, Capt. W. Linse.
Brünette, Capt. W. Trapp.
Ella, Capt. F. A. Bartels.
Annie, Capt. J. Messling.
Freda, Capt. G. Schmidt.
Jenny, Capt. O. Anderson.
Agnes, Capt. A. Brett.
Blonde, Capt. J. Jahn.
Ida, Capt. C. Dreyer.
Schneider.

Vom Juli ab tritt ein neuer grosser Stahldampfer hinzu.

In der Regel wird von London alle acht bis zehn Tage und von Danzig wöchentlich mindestens ein Boot expediert; erforderlichenfalls finden auch in kürzeren Zwischenräumen Expeditionen statt.

Die Connoissements über Güter von London nach Danzig werden

ohne Eisklausel

gezeichnet.

Güter-Anmeldungen ab London werden bei den Herren Bremer Bennett & Bremer,

London 61 Mark Lane,

erbeten.

Die Ladung dieser Dampfer ist bei Lloyds in London fast immer unter dem gleichzeitigen Durchschnitts-Prämiensatz gegen Seegefahr versicherbar.

Danzig, im Januar 1890.

Th. Rodenacker,
Hundegasse 94.

Betzels Leihbibliothek,
Hundegasse 93,

versehen mit den neuesten Werken, empfiehlt sich einem geederten Hause wie auswärtigen Publikum zum gefälligen Abonnement.

Operierte leihweise und käuflich.

■ Catalog 1890 ist ertheilen. (6820)

Rennthierrücken, Rehrücken und -keulen,

Hasen, auch gespickt,

Birk-, Schnee- und Haselhühner,

Fette Puten und Rapaunen,

Hamburger Rüken, Pouarden,

Frischen Silberlachs,

Zander, Ostender Seezungen,

Schellfische, Lebende Hummer,

Prima Holland. Austern,

Endivien- und Kopf-Salat, Radieschen,

Ital. Bumenkohl, Maronen, Leitow. Rübchen
empfiehlt (6833)

A. Fast.

E. Kopf, Danzig. (6029)
Makkausche Gasse Nr. 10.
Borchestr. Bezugsscheine für
Gummizwaren jeder Art.

Rübenschinkel,
im Laufe dieser Woche abzu-
nehmen, sind noch bei uns zu
haben. (6812)

Ducherfabrik Pirischau.

Das massive
Speichergrundstück
Münchengasse 25
ist zu verkaufen.

Näheres bei (6826)

E. G. Olschewski,
Langenmarkt 2.

Die Grundstücke

gr. Wollwebergasse 8
und kleine Wollweber-
gasse 5 und 19 stehen

zum Verkauf. Reflectan-
ten belieben sich zu
melden im Comtoir Breit-
gasse 96 von 11—1 Uhr,

wo auch die Zeit der
esichtigung zu erfahren.

Ein Haus m. Restaur. ob. Arz-
wirthschaft mit wenig Land, b.
1500 Thl. An., m. zu kaufen, ob. gute
Anreise zu machen. (6855)

Heute erhält ich wieder Karpfen
so wie eines seiner v. Breslau.
Preis wie gewöhnlich. (6865)

Jahmann, Cobrasgasse 25.

Flüssige
Kohlensäure

zum Bier-Auslehr etc. empfiehlt

F. Gtaberow,
Poggenguß 75.

Mineralwasser Fabrik u. Hand-

druck, herz, Asthma-,
Asthma- und Rückenleiden,

nerlinnen-sche kör-
pulente ober an
Schlaft-
lichkeit

leidenden liegenden
leidenden

Verlorenen etc. liefern die sicherst
mechanischen von vielen Aertern
empfohlenen, neu konstruierten
und weich gesetzten, mit
rohem Dreil belegten, bis zu
Gehöhe mehr als achtlich ver-
stellbaren Sprungfed-
Rohrleitern mit Mechanik für
25 M. Befriedung 1 M. Der
Kranke kann sie selbst leicht ver-
stellen. Bei Bestellungen ist die
innere Beifüllung anzugeben. Ju-
fungung per Post. (6783)

Herrathsgesuch!

Ein hoh. Steuerbeamter, 28 J
alt, der kürst. nach verfehlt
worden ist wünscht da es ihm an
Damenbekleidung fehlt, die Be-
kanntheit mit einer j. Dame zu
machen. Jung anf. Damen im
Vermögen von 4000—5000 M
mögl. mußte mögliche ihre Adressen
nebst Photographie vertrauen soll
und Nr. 6818 in der Expedition
dieser Zeitung einzutragen. (6735)

Agenten
und Platzvertreter

für die kommende Sais-
son engagire überall

bei höchster Provi-
sion zum Verkauf
meiner mit der
goldenen Me-
daille

prämierten Holzrou-
leaux Elegante, reich-
haltigste Mustercol-
lection, enthält die
reizendsten Neuheiten

Die Fabrikate finden
von Jahr zu Jahr
grösseren Absatz,

sind jeder Concur-
renz weitaufliegender.
1893 100'000 Postpakete
versendet. Franco-Off.

mit besten Referenzen
an Ant. Tschander
jun. Friedland, Reg.
Bez. Breslau. Größtes
Etablissement dieser
Branche in Deutschl.

Mehrere hundert Schaf-
Bühnenpfähle

werden offerirt.
Diererten unter Nr. 6827 in der
Exped. d. Zeitung erbeten.

F. B. Prager.

Ein geübter Schreiber
der in sämtlichen schriftlichen
Arbeiten vertraut ist sucht Be-
schäftigung. Gehaltsanfrage 15
bis 20 M. Off. u. Nr. 6798 in
der Exped. d. Ztg. erbeten.

Für Principale!

Ein j. Mann (Maff.) in unge-
kündigte Stell. (Glinnis 4 Mon.)

sucht in ein. best. Geschäft Stellung

Diererten unter Nr. 6850 in der
Exped. d. Zeitung erbeten.

Ein junges Mädchen, welches
während eines Jahres die
Frankenpflege im Dachmisen-
haus erlernt hat, sucht Stellung

in einer Dame u. für die
Büroarbeiterin der einen Dame u.
würde auch bereit sein, die haus-
frau in der Wirtschaft zu unter-
stützen. Off. u. Nr. 6825 in der
Exped. d. Zeitung erbeten.

H. Jenke,
am Spindhaus Nr. 2.

**Auction „Gewerbehaus“,
Heil. Seifgasse Nr. 82.**

Donnerstag, den 23. Januar cr., Bormittag 10 Uhr, werbe-

ich die da untergebrachten Möbel öffentlich meistbietend gegen baar
versteigern:

11 Leder-Sophas, 80 Stühle, 1 Rohrbänke,

2 Spiegel, 16 Tische,

wovon einlade. Gämstliche Sachen sind aus dem Rath-Weinheller.

Der vereidigte Gerichtsratator und Auctionator

6763) am Spindhaus Nr. 2.

Infolge des großen Andranges kommen Spitzen, Tüle und seidene Bänder

erst von Montag, den 27. Januar cr. an

zum

Ausverkauf.

Domnick & Schäfer.

Ein alt. mah. wohlrb. Flügel ist
1. 75 M. i. verk. Ausk. erbt.
d. Exped. dieser Zeitung. (6852)

Aufruf!

Die barmherigen Schwestern des heiligen Sanct-Marien-Kranken-
hauses sind durch unermüdliches Mithilfe in ihren ohnehin
aus bechränkten Mitteln aufs äußerste erstickt und sehn
gepannt, eile Menschen um eine Behilfe zu bitten. Die liebe-
volle Aufnahme und Verstiegung, welche Kranken und Arme aller
Konfessionen in eider Anstalt finden, sind hundertlich bekannt und
haben wir auf diesen Umstand bauen, es unternommen, in den
Räumen des Franziskanerklosters (6145)

am 16., 17. und 18. Februar
zum Besten des Sanct-Marien-Kranken-
hauses einen Bazar

zu veranstalten. Es werden alle diejenigen, welche ein Herz für die
notleidende Bevölkerung der Stadt und Umgebung Danzigs haben,
dringend gebeten, unter Unternehmen mit recht zahlreichen Spen-
den gütig unterstützen zu wollen; auch das geringste Scherlein
nehmen dankend entgegen.

Frau Ober-Drässt von Leipzig, Neugarten, L. Adler, Neugarten
22b. A. Alter, Jopengasse 67. J. Alter, Langgasse 38b.

G. Amori, Langgasse 4. B. Bialy, Weidengasse 4b. G. Becker,
Füllerie-Werkstatt. L. Bender, Langgasse 52. G. Bestmann,
Fassadie-Werkstatt. L. Böck, Langgasse 3. G. Brandt, Langen-
markt 14. G. Börgmann, Reiter-Salerne. A. Bublers, Vor-
Graben. M. Damiger, Am Spindhaus. J. Doe, Jopeng. 61.
F. Dietrich, Fleischergasse 44. G. Engels, Langg. 63. M. Engel,
Schleiergasse 4. G. Engelbrecht, Weidengasse 2. G. Fethke,
Hundegasse 119. G. Fink, Schwarzes Meer 10. A. Fuchs, Brod-
ganggasse 40. J. Fuhs, Holzgasse 26. M. Gabi, Strandg. 7.
G. Gerloff, Jägerthal. G. Götz, Langenmarkt 14. M. Gib-
sone, Gr. Gerbers. G. Hagemann, Langgarten 39. G. Heissius,
Krebsbach 7. M. Heiss, Vogengewihl 37. M. v. Heyde,
Lustgasse 5. G. Henckel, Gr. Kämergasse 4. M. Henckel, Hund-
gasse 65. J. Höfken, Neugarten 30. R. Jäkel, Neugarten 23.
A. Karpinska, Neufahrwasser. M. v. Kübler, Kornhennachg. 2.
A. Kühl, Schwarzes Meer 9. M. Kunkel, Sandgasse 6—8.
A. Rautenkater, Oliva. M. Landmann, Jopengasse 4. Lodi-
mann, Alsfeld. Graben 11. M. Materna, Ritterhagera. 13.
M. Meyer, Weidengasse 2. R. Metten, Wollmebergasse 2. v. d.
Wülke, Langgarten 28. J. Müller, Langgarten 22. L. Müller,
Winterplatz 11. J. Mühlau, Jopengasse 21. M. Wermuth,
Weidengasse 10. J. Nawrotz, Dopp. G. v. Nitsch-Rosenegg,
Paradiesgasse 35. G. Olsmann, Dorf. Graben 12—14. G. Otto,
Hundegasse 123. G. Orlitzky, Wollmebergasse 4. A. Raabe,
Neugarten 36. A. Rohrer, Dorf. Graben 49. A. Rathew,
Wollgasse 4. M. Raymond, Weidengasse 4 b. G. Saager,
Fleischergasse 18. M. Salzmann, Langenmarkt 38. G. Salz-
mann, Janischau. G. Schmidt, Langgasse 33. G. Schmidt, u. v.
neuen Modau 6. M. Schulz, Langenmarkt 23. M. Semrau,
Langgasse 71. G. Siemers, Fleischergasse 62—63. A. Speer,
4. Damm 5. G. Stenger, Ronnenberg 17. J. Tesmer, Vogeng-
gasse 71. J. Theis, Hundegasse 43. J. Thun, Jopengasse 46.
G. Töplitz, Brodbänkengasse 14. J. Thun, Jopengasse 67.
M. Wagner, Winterplatz. G. Wanbel, Frauengasse 15. A. Wein-
ebel, 1. Damm 13. G. Weichert, Schwarzes Meer 10. A. von
Winter, Gerbergasse 5. R. York, Milchhannengasse 36.

Das Ladenlokal

zu vermieten. Das Langen-
markt Nr. 6 verlegen, bis

Ende März cr. von Herrn

Cie. Königswberg benützt

große Nebenräume und

et. Keller v. 1. April cr.

zu verm. Nähe Langen-
markt Nr. 4 im Laden.

Räumung 7 Uhr. (6853)

Räumung 7 Uhr. (6853)